

DIE LINKE. Fraktion im Kreistag Hochsauerland – Heidestr. 13, 59759 Arnsberg

An den
Landrat
des Hochsauerlandkreises
Steinstr. 27
59872 Meschede

Dietmar Schwalm
Fraktionsvorsitzender
Heidestr. 13
59759 Arnsberg
Handy: 0175/5396152
Geschäftsstelle: 0152/03806059
E-Mail:
DieLinke-im-Kreistag-HSK@web.de
Internet:
www.linksfraktion-hochsauerlandkreis.de

z.K. an CDU-, SPD-, B90/Die Grünen-, FDP-, SBL-Fraktion, KTM Daniel Wagner; Fachdienst
Arnsberg, 02.06.2019

**Antrag gemäß § 5 Abs. 1 in Verbindung mit § 22 der Geschäftsordnung des Kreistags
für die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistags
Thema: „Vergaben nur an Firmen, die den Flächentarif der Branche zahlen“**

Sehr geehrter Herr Landrat,

DIE LINKE im Kreistag Hochsauerland beantragt, dass zukünftig bei allen öffentlichen Vergaben der Kreisverwaltung und ihrer Eigenbetriebe nur noch Firmen den Zuschlag bekommen, die den Flächentarifvertrag ihrer Branche akzeptieren und dementsprechende Löhne zahlen.

Es reicht aus Sicht unserer Fraktion nicht aus, dass bei öffentlichen Vergaben der Verwaltung auch Firmen den Zuschlag bekommen, die nur den Mindestlohn bezahlen. Dieser ist in den meisten Fällen niedriger als der Tariflohn in diesem Bereich und die Entlohnung der Beschäftigten dieser Firmen führt fast immer in die Altersarmut.

Die Kreisverwaltung als öffentliche Institution hat nicht nur dafür Sorge zu tragen, dass es ihren Bürger*innen heute finanziell einigermaßen gut geht und möglichst wenige Menschen von staatlicher Unterstützung leben müssen, sondern dass es auch in der Zukunft so bleibt. Die finanziellen Folgen der Altersarmut wird unsere nächste Generation tragen müssen. Und auch für diese haben wir als Politiker eine Verantwortung.

Die gesetzlichen Vorgaben bei den Vergaben sind aus Sicht unserer Fraktion nur ein Mindestrahmen, der nicht unterschritten werden darf. Bei den Entlohnungsbestimmungen in den Vergaberichtlinien hat der Kreistag das Recht, diese positiv für die Beschäftigten zu verändern.

DIE LINKE im Kreistag Hochsauerland orientiert sich mit ihrem Antrag an den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und sieht in ihm auch keine einseitige Einmischung in die Tarifautonomie.

Mit freundlichem Gruß



(Fraktionsvorsitzender)